



Stefan Lenzen

Mitglied des Landtags Nordrhein-Westfalen
Sprecher für Arbeit und Soziales der FDP-Landtagsfraktion NRW
Sprecher für Integration und Flüchtlinge der FDP-Landtagsfraktion NRW

Landtag NRW • Stefan Lenzen MdL • Postfach 10 11 43 • 40002 Düsseldorf

Rede zum Antrag der AfD: Die Landesregierung hat den Bürger umfassend über die Kosten der Flüchtlingspolitik zu informieren – Kostentransparenz im Landeshaushalt herstellen

Platz des Landtags 1
D-40221 Düsseldorf
Telefon: (0211) 884-4408
Fax: (0211) 884-3677
E-Mail: stefan.lenzen@landtag.nrw.de

Düsseldorf, 25.03.2021

- Es gilt das gesprochene Wort -

Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen!

Im Dezember haben wir im Rahmen der „Großen Anfrage“ über die Kosten der Einwanderung gesprochen, heute also um die Kosten der Flüchtlingseinwanderung. Wenn das so weitergeht, diskutieren wir irgendwann über die Kosten der Einwanderung aus bestimmten Städten. Der Einfallslosigkeit der selbsternannten Alternativen sind keine Grenzen gesetzt. Auf konstruktive Vorschläge zur Verbesserung der Integration in Bildung, Gesellschaft, Ausbildung und Arbeit werden wir wohl auch bis Mai 2022 verzichten müssen.

Die Landtagswahlen in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz lassen jedenfalls hoffen, dass sie ihre Ideenlosigkeit demnächst in den außerparlamentarischen Raum verlegen können. Uns bleibt dann mehr Zeit, um uns mit den wirklichen Problemen und Herausforderungen unseres Landes zu beschäftigen.

Ende 2019 waren weltweit fast 80 Millionen Menschen – also ungefähr so viele, wie in Deutschland leben – auf der Flucht. Mitte 2020 stieg die Zahl über die 80 Millionen-Marke. Damit hat sich die Zahl der Menschen auf der Flucht seit 2010 verdoppelt.

Die Zunahme nationaler und internationaler Konflikte, von autokratischen bis diktatorischen Regimen sowie sinkende Lebensmöglichkeiten und Perspektiven aufgrund des Klimawandels lassen die Zahl weiter nach oben steigen. Übrigens, einen nicht unerheblichen Anteil an

diesen Zahlen haben ihre Freunde in Moskau und Damaskus. Den Klimawandel ignorieren sie ja lieber. Daran ist, wie ihre Klimaexpertin von Storch unlängst erklärte, eh die Sonne Schuld.

Mehr als 80 Millionen Menschen sind weltweit auf der Flucht. Deutschland hat, Stand Mitte 2019, rund 1,5 Millionen Flüchtlinge aufgenommen. Zum Vergleich: Die Türkei hat 3,9 Millionen, Pakistan und Uganda haben jeweils 1,4 Millionen und der Sudan hat 1,1 Millionen Menschen aufgenommen.

Was arme Länder, wie Uganda und der Sudan, leisten können, das können wir auch leisten. Aber: Unser Anspruch an Unterbringung, Versorgung und Integration sind andere, höhere. Das führt zu höheren Kosten. Gelingende Integration führt aber mittelfristig zu mehr Wohlstand und damit zu geringeren Kosten und mehr Einnahmen für den Staat.

Natürlich könnte man gleich mehrere Ministerien auf allen Ebenen und dazu noch die Kommunalverwaltungen mit Berechnung von Kosten und Nutzen befassen. Wobei mich da interessieren würde, wie hoch wären die Kosten eigentlich dafür? Da könnten Sie auch mal einen Antrag zu stellen: Berechnung der Kosten für die Berechnung der Kosten aufgrund von AfD-Anträgen.

Es gäbe übrigens eine Möglichkeit die Kosten zu senken, zumindest langfristig. Nämlich durch die Beseitigung von Fluchtursachen. Dazu könnten sogar die Antragsteller einen Beitrag leisten:

Herr Dr. Blex kann seine vorzüglichen Kontakte zum Assad-Regime nutzen, damit dieses endlich die Angriffe auf seine Bevölkerung unterlässt, zurücktritt und den Weg für ein demokratisches Syrien eröffnet. Sie könnten aufhören, der Sonne die Schuld für den Klimawandel zu geben und konstruktive Vorschläge zum Schutz des weltweiten Klimas vorlegen. Sie könnten sich mit uns für eine europäische Entwicklungszusammenarbeit einsetzen, die China etwas entgegenstellen kann. Eine Entwicklungspolitik, die auf die Förderung von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und stabile staatliche Struktur setzt. Eine Entwicklungspolitik, die auf den Ausbau und die Förderung einer Mittelschicht setzt. Eine Entwicklungspolitik, die Frauen stärkt und für die Rechte von Minderheiten kämpft. Und sie könnten ihre Russland-Kontakte dazu nutzen, dass Putin Bürger- und Menschenrechte im eigenen Land schützt statt Oppositionelle zu vergiften und damit aufhört Nachbarstaaten zu destabilisieren. All das würde die Zahl der Flüchtlinge reduzieren und damit auch die Kosten.

Um das auszurechnen brauchen Sie nicht einmal die Verwaltungen in Bund, Land und Kommunen lahmzulegen.

Vielen Dank!